

Kommentierte Tagesordnung: Landtagssitzung am 3. November 2020

TOP 1(a-c)

(a) Nach der Telefonkonferenz zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten über neue Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie vergangenen Mittwoch, hält Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff eine Regierungserklärung im Landtag. Dabei wird es um den Stand der SARS-CoV2-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung notwendigen Maßnahmen gehen. Im Anschluss können die im Landtag vertretenen Fraktionen dazu Stellung beziehen.

(b) Die Landesregierung habe zur Bekämpfung der Pandemie seit März 2020 eine Vielzahl von Ge- und Verboten in Form von Eindämmungsverordnungen erlassen, so die Fraktion DIE LINKE. Diese Entscheidungen seien jedoch lediglich mit den Koalitionsfraktionen getroffen, jedoch völlig an den Oppositionsfraktionen und damit dem gesamten Parlament vorbei. Zudem entzögen sich die Entscheidungen weitestgehend der parlamentarischen Kontrolle. Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion daher unter anderem die Einrichtung eines „Pandemierats“ sowie eines „Zeitweiligen Ausschusses Pandemie“ beim Landtag.

(c) Mit einem ganzen Bündel von Vorschlägen will sich die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag für von der Pandemie besonders betroffene Berufszweige und Unternehmen (Krankenhäuser, Altenpflege, Gastronomie, Diskotheken, Kunst und Kultur etc.) einsetzen. Die Landesregierung soll mit dem Antrag zu verschiedenen Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen aufgefordert werden. Zudem solle sich der Landtag dafür aussprechen, die in den vergangenen Jahren gemachten Fehler im Gesundheitsbereich (Stichwort Privatisierung) schnellstmöglich zu korrigieren.

TOP 2

Die AfD-Fraktion kritisiert die Ankündigung von Ministerpräsident Haseloff, die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz vom 28. Oktober 2020 vollumfänglich umsetzen zu wollen und beantragte daher eine Aktuelle Debatte. Das genannte Gremium (Bundeskanzlerin und 16 Ministerpräsidenten) besitze kein verfassungsrechtliches Fundament für die neuerlichen erheblichen Eingriffe in die Grundrechte der Bürger*innen, moniert die AfD-Fraktion. Stattdessen fordert sie die Einbindung des Parlaments in die weitere Ausgestaltung der Eindämmung der „COVID-19-Pandemie“. Zudem dürfe Sachsen-Anhalt gar nicht erst beginnen, pauschale Bund-Länder-Maßnahmen umzusetzen, sondern solle abwägen, welche tatsächlich vor Ort notwendig seien.

TOP 3

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht vor, dass Personenzusammenschlüsse alten Rechts mit Ablauf des 31. Dezember 2020 aufgelöst sind. Dies soll jedoch nicht gelten, wenn die Vertretungsbefugnis der Gemeinde durch einen bestandskräftigen Bescheid der Flurneuordnungsbehörde aufgehoben worden ist oder Anträge auf Aufhebung der Vertretungsbefugnis der Gemeinden durch eines der Mitglieder der Personenzusammenschlüsse alten Rechts zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der landesgesetzlichen Regelung bei den zuständigen Flurneuordnungsbehörden anhängig sind oder vor Ablauf der Stichtagsfrist noch gestellt werden. Nach Beratung empfiehlt der

Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, den Gesetzentwurf in anliegender Form anzunehmen.

TOP 4

Die Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Analyse, Sensibilisierung und Prävention zur Stärkung und Wahrung des Rechtsstaates in der Auseinandersetzung mit der linken Szene“ des Landtags von Sachsen-Anhalt legt ihren ersten Zwischenbericht für den Arbeitszeitraum vom 23. Mai 2018 bis zum 10. Dezember 2018 vor. Die Enquete-Kommission soll untersuchen, welche linksextremistischen Strukturen in Sachsen-Anhalt bestehen und welche Aktivitäten diese entfalten.